

P R E S S E B E R I C H T E R S T A T T U N G

zum Anti-Atomdorf am Bauplatz des AKW-Grohnde vom
12-06-77 bis zur gewaltsamen Räumung am 23-08-77

Das Anti-Atom-Dorf: ein Hauch von Friedfertigkeit

Die Besetzer in Grohnde richten sich auf Dauer häuslich ein

H. Abt.
5.7.77

Eigener Bericht - dpa

Hameln, 5. Juli

Die Szene scheint wie ausgewechselt: Wo noch am 19. März Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Kernenergiegegnern den umstrittenen Bau des Kernkraftwerks Grohnde an der Weser überschatteten, liegt jetzt ein Hauch von Friedfertigkeit. Nur einen Steinwurf entfernt von der mit einem dichten Ma-

schendrahtzaun abgeriegelten Baustelle des Kernkraftwerks entsteht auf der anderen Seite der Bundesstraße 83 zwischen den Orten Grohnde und Kirchhohen unweit Hameln eine ungewöhnliche Siedlung: Kernkraftwerkgegner, die in der Nacht zum 13. Juni das Gelände für die Kühltürme des Kernkraftwerks besetzten, errichten hier ihr „Anti-Atom-Dorf“.

Bürgerinitiativen aus dem Wesertal hatten sich am 12. Juni zu dieser „Platzbesetzung“ entschlossen, weil sie befürchteten, daß die Errichter des Kernkraftwerks auch das für die Kühltürme vorgesehene Gelände zur Weser hin einzäunen und dort mit Erdarbeiten beginnen könnten. Zu den „Besetzern“, deren Zahl zeitweilig mehrere hundert betrug, stießen inzwischen Kernkraftwerkgegner aus Hamburg und Hannover, Bielefeld, Göttingen und Kassel. Etwa 50 bis 60 von ihnen sind zur Dauerbesetzung entschlossen.

Aus dem Zeltlager der ersten „Belagerungstage“ ist unterdessen in gemeinsamer Arbeit der Platzbesetzer eine kleine Siedlung mit Holzhäusern entstanden. Das Baumaterial stellten Bewohner der umliegenden Orte zur Verfügung. In Grohnde durften Kernkraftwerkgegner sogar ein altes Bauernhaus abreißen. Balken und Bretter verwendeten sie für den Bau eines großen „Freundschaftshauses“, in dem die Zusammenkünfte der „Dorfbewohner“ stattfinden.

Die „Bewohner“ des Anti-Atom-Dorfes haben inzwischen alle erdenklichen lebenswichtigen Einrichtungen geschaffen. Zu den Freundschaftshäusern kamen Schlafhäuser sowie eine Küche, neben der noch ein Gasthaus er-

richtet werden soll. Das Wasser zum Waschen entnehmen die „Dorfbewohner“ einem acht Meter tiefen Brunnen, den sie selbst ausgeschachtet haben.

Beim Bau der Einrichtungen haben nicht nur Handwerker aus den umliegenden Gemeinden mitgeholfen. Auch Bauarbeiter, die gegenüber am Kernkraftwerk arbeiten, legten nach Schichtende gelegentlich „mal eben mit Hand

an“. Die Bewohner der umliegenden Gemeinden werden durch die Dorfzeitung, den „Anti-Atom-Dorf-Kurier“, über das Geschehen auf dem Platz des Kernkraftwerks unterrichtet. Sie dient ebenso der Information über Kernenergiefragen wie die „Volkshochschule“, die die Atomkraftwerkgegner zur eigenen Weiterbildung im „Anti-Atom-Dorf“ eingerichtet haben.



Holzhäuser statt Zeltlager in Grohnde

Foto: DPA

Protest gegen Grohnde-Aktion

dpa HANNOVER/GROHNDE. **Deutsche Jungdemokraten und Liberaler Hochschulverband in Niedersachsen protestierten in einer Stellungnahme gegen die Zwangsräumung des Grohnder „Anti-Atom-Dorfes“. Die Landesregierung mache sich die „profitorientierten Interessen der KKW-Betreiber“ zu eigen, anstatt den „berechtigten Interessen“ der Kernkraftgegner zum Durchbruch zu verhelfen oder wenigstens auf gleicher Ebene mit ihnen zu verhandeln.**

Mit der Drohung, ihnen die Räumungskosten anzulasten, kriminalisiere die Regierung die Gegner der Atomenergie und beraube sie ihrer materiellen Existenz, meinen die beiden der FDP nahestehenden Nachwuchsorganisationen. Die FDP-Minister im Landeskabinett müßten sich fragen lassen, inwieweit sie mit ihrem Verhalten zur Kernenergie noch den innerparteilichen Diskussionsstand widerspiegeln.

Als „völlig unverständlich“ wies am Donnerstag der Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums die Kritik der Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hannover an Minister Rötger Groß zurück. Der Juso-Vorstand hatte die Ankündigung der Kostenübernahme für die Dorfräumung als „Racheakt“ bezeichnet und in diesem Zusammenhang von der Gefahr gesprochen, das politische Recht der Demonstration werde „totgemacht“.

„Rechtsbrecher sind keine Demonstranten“, sagte der Sprecher des Ministeriums. Die Äußerung der Jungsozialisten bezeuge eine „totale Verkennung“ der Rechtslage. Selbstverständlich dürfe jedermann im Rahmen der Gesetze demonstrieren. Wer jedoch Gesetze breche, könne nicht erwarten, daß die dadurch entstandenen rechtswidrigen Zustände auf Kosten der Allgemeinheit beendet würden.

FORUM der öffentlichen Meinung im heimatlichen Raum

Die hier veröffentlichten Zuschriften geben nur die Meinung unserer Leser wieder, nicht unbedingt die der Redaktion. Alle Einsendungen müssen sachlich sein und frei von persönlichen Angriffen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Eine Auswahl sowie Kürzungen – ohne Änderung der Tendenz – behält sich die Redaktion vor.

„Waffenfähiges Nuklearmaterial“

Fürwahr, eine brockhausreife wortprägerische Leistung! Wie zergeht es einem bei geschlossenen Augen und langsamer Lesart fast auf der Zunge!

Gemeint ist das Kleingedruckte „Neues in wenigen Zeilen“, an dem wahrscheinlich ein hoher Prozentsatz der Leser „vorbeigelesen“ hat:

Beamte des US-CIA-Geheimdienstes wissen, daß in den 60er Jahren besagtes Teufelszeug aus einem amerikanischen Werk verschwunden und nach Israel gelangt ist.

War da nicht kürzlich etwas Ähnliches mit einem Schiff zwischen Italien und Israel? Da gab es doch auch sonst schon irgendwelche „Schwundverluste“ bei besagtem Material! Wer schützt uns und unsere Nachkommen künftig vor Waffenhändlern und -schiebern, vor Dieben, Terroristen, Anarchisten zwischen Gorleben, Le Hague und Grönland? Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller freuen sich natürlich, wenn sie am gleichen Tage als Schlagzeile lesen, daß es sehr bald 12 000 km Autobahnen und 24,5 Millionen Automobile d. h. Selbstfahrer und Selbststeher, geben wird.

Auch die Groß-Überschrift auf der nächsten Seite „KKW-Stopp gefährdet die Arbeitsplätze“ wird entsprechend eingeordnet. Wen wundert's, daß drucktechnisch und optisch „waffenfähiges Nuklearmaterial“ so mickrig ausgefallen ist.

G. Hoyer, Hameln

Das Dorf

Sie machen alles falsch!

Sie halten einen Acker Ödland besetzt, obgleich er nicht ihnen gehört!

Sie bauen Hütten aus Holz und Gerümpel ein Hohn für moderne Architektur.

Sie zeigen das Windrad und nutzen die Sonne!

„Kein faustischer Pakt

mit unzählbarer Radioaktivität!“

Ihre Straßen tragen ängstende Namen!

Seveso – komputergerecht ist das nicht!

Sie leben arglos und frei,

jeder Ordnung zuwider in loser Gemeinschaft,

gebunden durch Glauben und Hoffnung an morgen;

doch hindern sie nicht,

daß Zwietracht und Willkür

die Eintracht zersplittern,

daß Diebstahl und Schmierwerk das Gute zerstört.

Ist's Einsatz für Deutschland

oder Plattform für Umsturz?

Das dynamische Plenum verbindet, verbirgt Identität.

Sie opfern Gesundheit und Mut für lebendige Zukunft!

Nebenan jedoch wächst ein babelsches Bauwerk,

giftiges Erbteil für Kinder und Enkel.

Leicht scheint's, dem Dorf das „Halali“ zu blasen –

„Die Ruine von Grohnde“, kein Sturm schafft sie fort!

Dr. Garbe, Hameln

Brutale Gewalt!

Wenn man die Worte eines Herrn Heinz Brandt aus der Debatte um Kernenergie hört, kann man nur Angst und Schrecken bekommen. Denn Worte wie

Wir gratulieren

BEHRENSSEN. Frau Minna Voges, am Sonntag zum 75. Geburtstag.

HARDERODE. Frau Anna Rinne am Sonntag zum 78. Geburtstag.

LÜNTORF. Herrn Gerhard Voges, Neue Straße 86, zum 75. Geburtstag.

KIRCHOHSEN. Herrn Josef Mühl, Gartenstraße 5, zum 75. Geburtstag.

KLEINENBERG. Frau Maria Timm, zum 86. Geburtstag.

AERZEN. Frau Anna Elster, Osterstraße 51, zum 77. Geburtstag. Sie ist seit vielen Jahren Leserin der Dewezet.

NIENSTEDT. Herrn Martin Waurisch, Lauenauer Straße 3, am Sonntag zum 76. Geburtstag.

GROHNDE. Herrn Wilhelm Franz, Südstraße 126, zum 77. Geburtstag. Frau Marie Möller, Domäne 75, am Sonntag zum 79. Geburtstag.

BAD MÜNDER. Frau Elsa Pages, Vor dem Oberntore 14, zum 82. Geburtstag.

EIMBECKHAUSEN. Frau Hedwig Gewitzke, Tulpenstraße 11, zum 70. Geburtstag. Herrn Herbert Großmann, Nordfeldstraße 24, am Sonntag zum 88. Geburtstag. Herrn Heinrich Mamsch, Hauptstraße 9, am Sonntag zum 82. Geburtstag. Frau Emma Becker, St.-Martin-Straße 2, am Sonntag zum 75. Geburtstag.

„radikal“ müssen doch jeden Bundesbürger aufhören lassen, und er weiß sofort, aus welcher politischen Richtung sie kommen. Bald heißt es dann: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“ Und dieser Spruch ist dann mit Bombendrohungen und Anschlägen begleitet.

Wir von der mittleren Generation haben ähnliches schon einmal erlebt, da gebrauchte ein Propaganda-Minister das Wort „Total“! Schließlich nehmen diese Menschen die Sache, wie jetzt Kernenergie, nur zum Anlaß, um ihre Untaten zu vertuschen und Haß und Terror zu verbreiten.

Gerline Schneider, Hameln

el Telefon 05151/7242

11

FORUM der öffentlichen Meinung im heimatlichen Raum

Die hier veröffentlichten Zuschriften geben nur die Meinung unserer Leser wieder, nicht unbedingt die der Redaktion. Alle Einsendungen müssen sachlich sein und frei von persönlichen Angriffen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Eine Auswahl sowie Kürzungen – ohne Änderung der Tendenz – behält sich die Redaktion vor.

Begriffsverwechslung

Zum Leserbrief „Akt der Notwehr“ in der Dewezet vom 19. Juli:

Die Besetzung von privatem, rechtmäßig erworbenem Baugebiet wird als Notwehrakt im Sinne des Grundgesetzes, als Recht auf Widerstand deklariert. Hier ist der Briefschreiber offensichtlich einer Fehlinterpretation des Grundgesetzes erlegen. Bei genauem Studium des Artikels 20 Abs. 1–4, der das Widerstandsrecht umfaßt, hätte er feststellen müssen, daß die sogenannten verantwortungsbewußten Bürger sich durch ihre willkürliche Beschlagnah-

mung des Geländes im krassem Abseits zum Gesetz befinden.

Auch der in diesem Zusammenhang geprägte Begriff des „Notwehraktes“ entbehrt jeglicher moralischen und gesetzgeberischen Grundlage. Ein Notwehrakt liegt nur dann vor, wenn er zur Abwehr eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs erfolgt. Wer hat denn den strapazierten Besetzern wohl etwas getan? Hier kommt wieder einmal mehr zum Ausdruck, wie sich Bürgerinitiativen zu scheinbar autorisierten Gegenspielern der verfassungsmäßigen politischen Entscheidungsgremien aufzuschwingen versuchen.

Anschließend möchte ich zu der Frage „Wie können sich wohl Andersdenkende in der Umgebung von Kernenergiegegnern des sogenannten Antiatomdorfes entfalten?“ feststellen: Es gehört schon eine Menge Unverstand dazu, den Bürgern zuzumuten, sich mit denen in Diskussionen einzulassen, die nicht nur gesetzwidrig fremdes Eigentum beschlagnahmen, sondern auch durch penetrante Hetzparolen die Bevölkerung zu aktiven Kampfhandlungen gegen Kraftwerksbetreiber und Polizei aufstacheln wollen.

Dieser prekären Situation sollten die verantwortlichen Politiker nun endgültig entgegentreten und durch Geradlinigkeit überzeugen, bevor die Polizisten wieder als Alleinschuldige zu Prügelknaben degradiert werden. **W. Röhrsen jun.**, Hagenohsen

„Kampf mit Ruhe und Ordnung nicht zu vereinbaren“

Zum Thema „Bürgerwehr Emmerthal“ (siehe Dewezet vom 25. Juli):

Soll der Staat zum Schutz seiner Bürger da sein, dann hat er die Aufgabe, die Bürger vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren; denn, so steht es schon im Grundgesetz, jeder Bürger hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Wenn aber der Staat mehr im Interesse der Wirtschaft als der Bevölkerung handelt und durch den Bau von Atomkraftwerken jährlich einige tausend Krebstote mehr bei unfallfreiem Reaktorbetrieb in Kauf nimmt (abgesehen vom größtmöglichen atomaren Unfall, der einige Millionen Tote zur Folge haben kann), so muß der Bürger selbst aktiv werden und sich gegen die lebensverachtende Politik des Staates zur Wehr setzen.

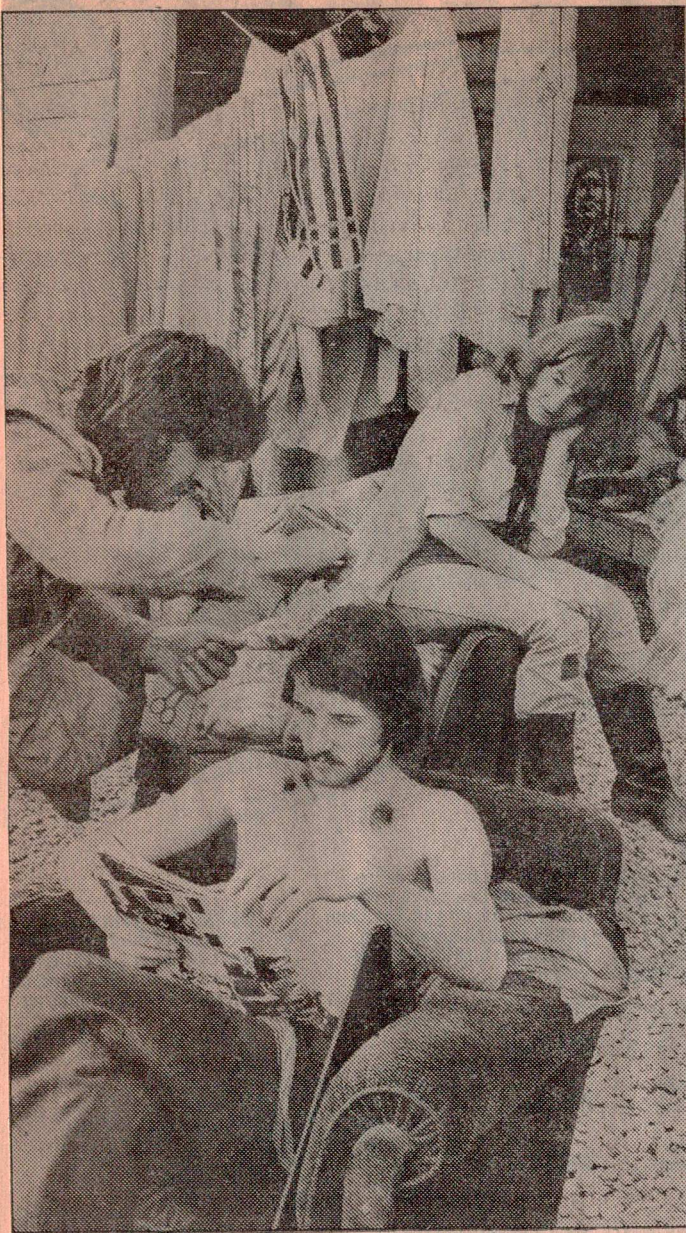
Vor diesem Hintergrund bewundere ich die Einsatzbereitschaft und den Mut der Anti-Atomdorf-Bewohner. Bei aller Kritik, zu der sie vielleicht manchmal Anlaß bieten mögen, gehört ihnen meine volle Sympathie.

Die Platzbesetzer kämpfen auch für die körperliche Unversehrtheit der Grohnder und Kirchhohseener, was so manche Einwohner, die das Anti-Atom-Dorf durch Spenden unterstützen, auch schon erkannt haben. Allerdings: Dieser Kampf ist mit Ruhe und Ordnung wohl nicht zu vereinbaren.

Rainer Sagawe, Hameln

DW 2

27.07.77



MoPo 04.08.77
Tag des Haarschnitts im Anti-Atomdorf: In einem Sessel vom Sperrmüll

Im Anti-Atom-Dorf: Abenteuer-Urlaub und Widerstand

Studenten, Arbeitslose, Schüler gegen Kernenergie

Von Ortwin Brukner

Grohnde — Es ist im Anti-Atom-Dorf, als ob hier zwei Zeitalter aufeinanderstießen: Auf der einen Seite der Bundesstraße 83 wird das Kernkraftwerk Grohnde gebaut. Technik des 20. und 21. Jahrhunderts. Und auf der anderen Seite der Straße, dort, wo der Kühlturm entstehen soll, Bretterhütten, ein Ziehbrunnen, Feuerstellen unter freiem Himmel...

Rund 60 junge Menschen hausen hier seit zwei Monaten, mehr Männer als Mädchen, meist zwischen 18 und 24 Jahre alt. Es sind Studenten und Arbeitslose aus der ganzen Bundesrepublik. In den Ferien und an den Wochenenden kommen Schüler dazu. Sie wollen den Bau des Kühlturms verhindern. Phantasten? Gewalttätige?

„Ich bin von Anfang an dabei. In strömendem Regen haben wir die erste Bude gebaut. Der ganze Platz war ein Morast.“ Das sagt der Student Peter (20) aus Nürnberg. Warum er hier ist? Er sagt: „Das Risiko, das so ein Kernkraftwerk darstellt, ist

einfach zu groß. Ich will selbst dagegen Widerstand leisten

Ähnliches sagen alle, die hier sind und warten. Darauf, daß sie einen Lastwagen anhalten können. Baumaterial auf die Straße werfen, eben Widerstand leisten.

Inzwischen haben sie sich eine Bühne gebaut, einen Brunnen gebohrt, ein Windrad gebaut, das ein Schöpfrad an-

treibt. Pionierleben und Pfadfinderromantik. Jeden Morgen wird gesammelt für die Gemeinschaftsküche. Zwischen den Mahlzeiten gibt's Gesang zur Gitarre. Die Leute in Grohnde sagen: „Die gammeln doch bloß.“

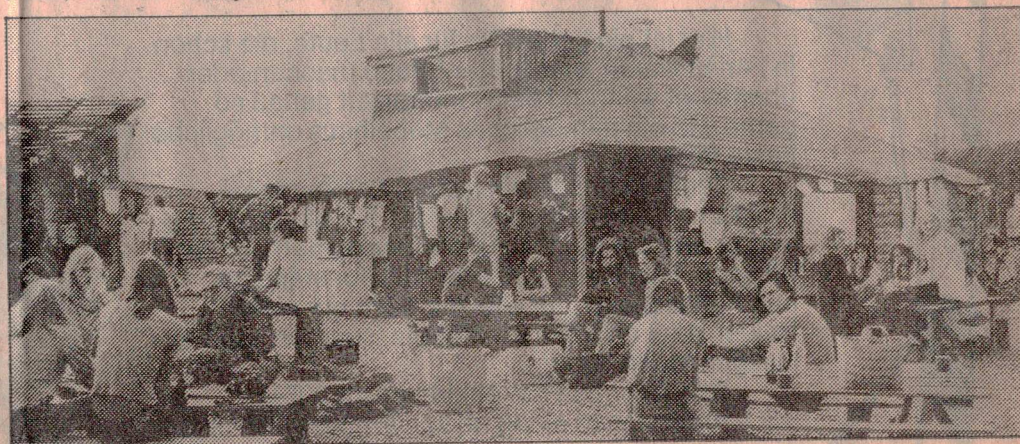
Die aus dem „Anti-Atomdorf“ sagen: „Wir sind wachsam und bereit. Auch für die, die uns nicht verstehen.“

6 CIA-Opfer unter Drogen

hh. New York — Der US-Geheimdienst CIA hat Menschen für Experimente mit Drogen mißbraucht! Mit LSD und anderen Rauschgiften wurden Test-Personen „bombardiert“. Damit sollte ihre Persönlichkeit verändert werden. Ein Ziel der Versuche: Wie kann man im Ernstfall Politiker zu willenlosen Opfern ihres Sexual-Triebs machen?

Zwar waren schon vor einiger Zeit Berichte über diese CIA-Versuche bekanntgeworden. Der Geheimdienst beteuerte daraufhin, daß die Test-Serie mit ahnungslosen Patienten schon vor zehn Jahren eingestellt worden sei.

Doch die New Yorker Fernsehansicht NBC hat neue Beweise: Danach gab es Drogen-Experimente noch in jüngster Zeit.



Dieses Haus stand zuerst: Das „Freundschaftshaus“. In der Mitte brennt ein offenes Feuer.

Macky, Mecky, Mucky und der Atom-Protest

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Becker im „Anti-Atom-Dorf“ Grohnde

Aus dem fahrbaren Wasserbehälter im Dorf darf das Wasser, sofern es „für menschliche Gebrauchs- und Genußzwecke“ bestimmt ist, „nur in abgekochtem Zustand verwendet werden“. In dem Wasser, so hat das Gesundheitsamt Hameln untersucht, sind Koli-bakterien und Keime, 10 000 in einem Milliliter, enthalten.

Die Anordnung gemäß Bundesseuchengesetz hat die Gemeinde Emmerthal „an die Benutzer des Baugeländes neben der Kiesgrube der Firma Lam-mert in der Gemarkung Grohnde, 3254 Emmerthal 1“ ordnungsgemäß per Post zugestellt und mit „Sehr geehrte Damen und Herren“ überschrieben; diese ihrerseits haben, nicht weniger pedantisch, den Ukas zwecks strikter Befolgung an der Fassade ihres Freundschaftshauses ausgehängt.

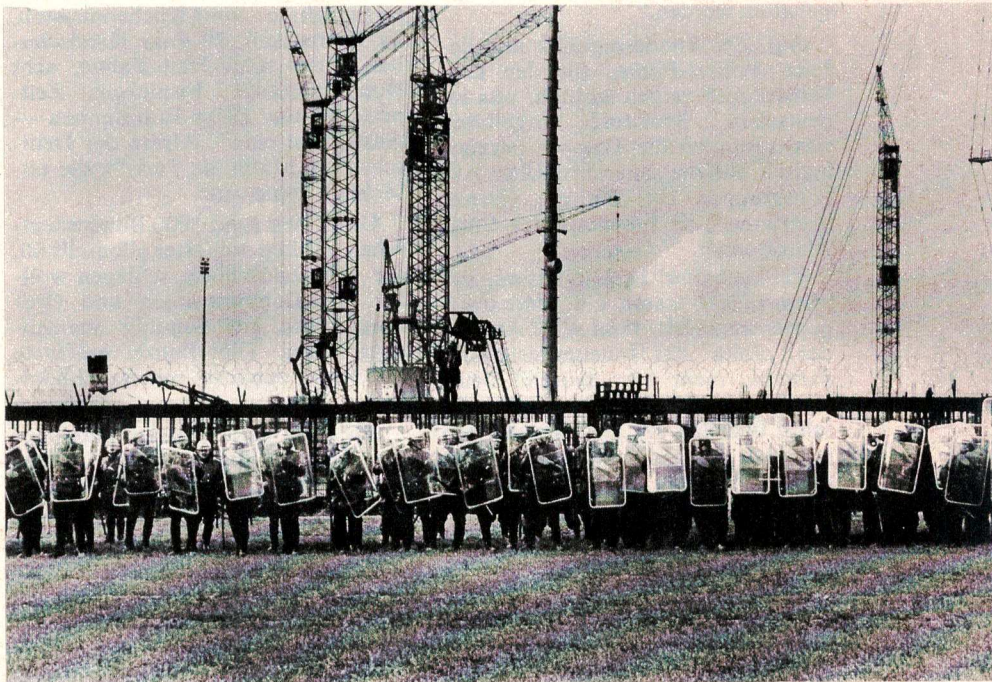
Die Damen und Herren Benutzer des Baugeländes sind seit Mitte Juni zugegen, meist fünfzig, wie unter der Woche, mal hundert und mehr, am Sonnabend und Sonntag. Ihr „Ziel, alle Baumaßnahmen ... zu verhindern“, richtet sich gegen das Kernkraftwerk Grohnde, von dem jenseits der Bundesstraße 83, zwölf Kilometer südlich von Hameln, ein paar Gebäude gerade halb fertiggestellt sind und dessen Kühltürme dermaleinst diesseits der Straße dort dampfen sollen, wo nun das „Anti-Atom-Dorf“ mehr liegt als steht.

Das erklärte Ziel der Insassen ist ein bißchen unerklärlich und hat daher

schon, wie der hektographierte „Anti-Atom-Dorf-Kurier“ verlautbart, zu den „verschiedensten Auffassungen ... über unser Selbstverständnis und unsere Aufgaben“ geführt: Fast gleichzeitig mit der Dorfgründung hat das Verwaltungsgericht Hannover nämlich der Klage von zwei Emmerthaler Firmen stattgegeben und verfügt, zwei Monate nach Zustellung der Urteilsbegründung

dürfe in Grohnde erst mal nicht weitergebaut werden — irgendwann ab Oktober, so wird gerechnet.

Wo bald eh nicht mehr gebaut werden darf, hält es schwer einzusehen, „daß es nötig ist, die Bevölkerung der umliegenden Orte dafür zu gewinnen, selbst praktisch Widerstand zu leisten“, und der Widerstand, der sich in den umliegenden Orten breitmacht, gilt



Kraftwerkschutz in Grohnde: Stufenleiter für bürgerlichen Ungehorsam

denn auch nicht dem Kraftwerk, sondern dem Anti-Atom-Dorf. „Wo bleiben die Ordnungsbehörden?“ wird gefragt, und gemeint ist nicht das Gesundheitsamt.

Vielmehr, so heißt es in einem Brief, den 200 Arbeiter vom Baugelände unterschrieben und an Gewerkschafter und niedersächsische Politiker geschickt haben, könne es „doch wohl nicht im Sinne eines Rechtsstaates sein, wenn eine Horde arbeitsscheuer und verkommener Menschen, die sich Naturschützer nennen und angeblich in Bürgerinitiativen tätig sind, unschuldige Menschen verprügeln, blutig schlagen, Bretter mit eingeschlagenen Nägeln auf die Straße legen und die Reifen von Fahrzeugen durchschneiden“.

Auch daß im Lager endlos „Überlegungen angestellt werden, wie die Einstellung der Bauarbeiten verhindert werden kann“, geht nicht nur an den Realitäten, sondern auch an den Interessen der KKW-Beschäftigten vorbei. Derweil vertreiben sich die Dorfbewohner ihre reichliche Zeit damit, das verschwimmende Feindbild immer von neuem aufzumöbeln und etwa einen Lastwagen, der drüben Kranteile anfährt, schon als Vorboten radioaktiver Verseuchung einzuordnen.

Derlei wird „so gegen 9“ jeden Morgen bei einer Arbeitsbesprechung und um halb acht abends im „Plenum“ diskutiert. Dann schlurfen die Jungen und Mädchen, von denen manche Studenten, manche „auf der Durchreise“, manche zur Zeit auch gar nichts sind, aus ihren Zelten zum Freundschaftshaus, das sie aus allerlei Materialien gebastelt haben, hocken sich um den Kamin, palavern lange und stimmen dann und wann auch was ab.

Einmal gab es dabei eine Mehrheit für den Plan, sich drüben am Bauzaun leibhaftig anzuschmieden, um die Wehrlosigkeit zur Schau zu stellen, die man gegenüber der Macht des Staates und der Industrie und beider „volkschädlichem Energieprogramm“ im Grund empfindet. Aber dann unterblieb die Selbstkasteiung — auch ohne das ist es strapaziös genug, in Grohnde auszuharren.

„Einige Leute“, so ein „Stimmungsbericht“ des „Dorf-Kuriers“, fühlen sich „ziemlich deprimiert und müde von den vielen Alarmen“, die es oft schon dann gibt, wenn nur ein Streifenwagen vorbeifährt, andere sind „sauer auf die eigene Trotteligkeit“, weil es ihnen viermal mißlang, trotz Ausrüstung mit Trillerpfeife, Nagelbrett, Knallkörper und Streichhölzern die Anlieferung angeblicher „Flutbehälter auf Schwertransportern“ zu unterbinden.

Müde, sauer sind sie in der Tat — die drei ausrangierten Stühle, das demontierte Wasserklosett und der Krückstock am Rand der B 83, wo ein „Seveso-Gedächtnisweg“ zum Zeltplatz

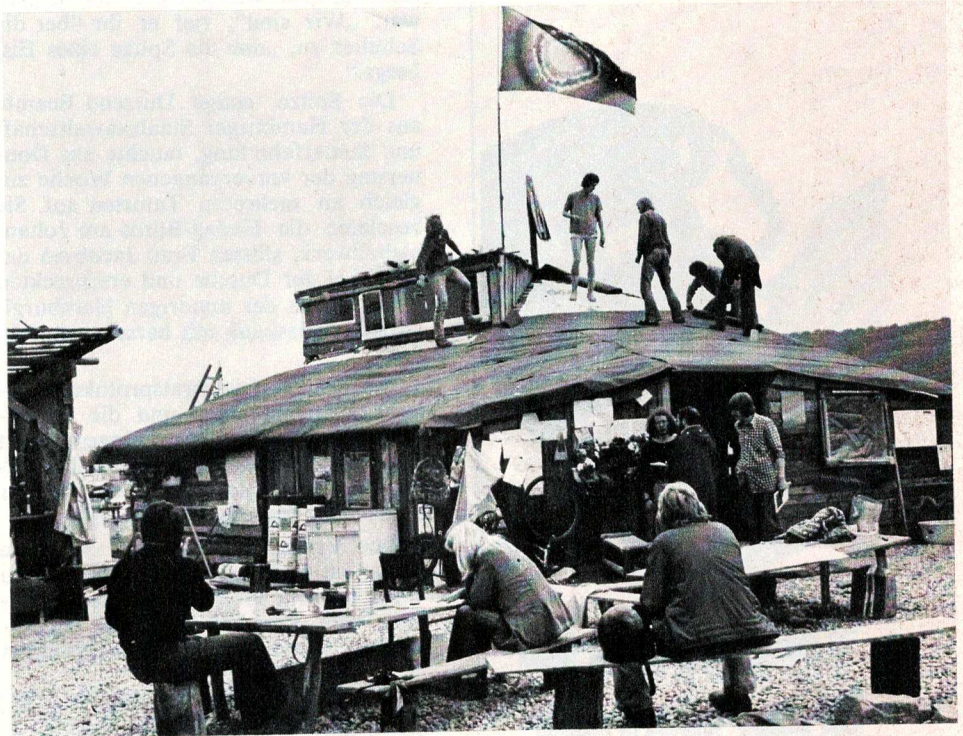
führt, können getrost als Wappen des Dorfes dienen, das nicht wie Wallensteins, eher wie Frankensteins Lager anmutet und eher wie abgerissen als aufgebaut. Was da, aus Plaste, Blech und Brettern zusammengefügt, als Behausung dient, ist allein mit Bescheidenheit und Bedürfnislosigkeit der Truppe nicht gedeutet, Opfersinn gehört wohl auch dazu.

„100 Jahre Reden ändern nichts“, heißt die Parole, „ein Tag Arbeit viel“, und wenn sie auch kaum fachmännisch genannt werden kann, geleistet wird sie: vom ausgeschilderten „Plumskloß“ zu den Käfigen der Kaninchen Macky, Mecky, Mucky und Blacky, vom Windrad, das saubere Energie liefern soll, zum Gehege der Hühner, denen man bereits „Atom-Eier“ zutraut, und

chen in die Weser, wir aber bauen weiter saubere Atomkraftwerke.“

Freilich, „in Angst vor der sogenannten Bürgerinitiative“ hat sich im nahen Emmerthal schon eine „Bürgerwehr“ formiert und auf Flugzetteln gefragt, wie es denn angehen könne, daß da jemand „fremdes Eigentum besetzen“ und „ohne Genehmigung der Behörden Zeltlager errichten“ darf, solchem „Chaos“ müsse ein Ende bereitet werden.

Doch nicht an Einzelaktionen, nicht an Hauen und Stechen, lediglich an Appelle hat der Bürgerwehr-Initiator Willi Prothmann aus Kirchhosen gedacht und ist, nachdem er etliche Unterschriften gesammelt hatte, in Urlaub gegangen. Das Chaos, das er bekriegen will, ist strafrechtlich auch schwer zu



„Anti-Atom-Dorf“ in Grohnde: Saubere Energie vom Windrad

zum Offenstall, in dem das Schwein lebt, das „Genscher“ genannt wird, als Bürgermeister eingesetzt ist und nicht so viel gefüttert werden soll, „sonst verfettet er und kratzt ab, bevor wir im Plenum endgültig beschlossen haben, was mit ihm passieren soll“.

Zumal die Küche, eine halboffene Bude, wo Milch, Brot, Aufstrich und Müsli ausgegeben und „mindestens 3—5 DM pro Tag“ für Verpflegung erbeten wird, sieht nicht nach Art der deutschen Hausfrau aus. Daß all das aber die Aufforderung „Räumt das Molukkerdorf in die Weser“ rechtfertigen soll, wie am KKW-Bau drüben zu lesen ist, macht die im Dorf ratlos. Und sie fragen sich, ob es denn wirklich die Bauarbeiter vom KKW gewesen sind, die sich nicht nur diesen Spruch, sondern auch den Transparent-Text ausgedacht haben: „Umweltschützer ma-

fassen: Für die Polizei besteht, „was die da machen“ im Dorf, eigentlich nur aus Ordnungswidrigkeiten, etwa weil da Bier ohne Konzession verkauft wird.

Aber es kann auch anders kommen: Als die im Dorf einen „Angriff“ der Polizei fürchteten, lösten sie ihre telefonische „Alarmerkette“ aus: „Um 21 Uhr waren wir noch 100 Besetzer, früh um 3 Uhr waren wir dann rund 1000“, die aus nah und sogar fern herbeigeeilt kamen, „eine erstaunliche Solidaritätsbekundung“, wie das Lokalblatt fand, doch: „Eine Aggression fand nicht statt.“ Noch nicht.

Mittlerweile sind, bis auf fünfzig, alle wieder fort, auch Hans-Jörg Sievers von der Stammbesetzung, für den vergangene Woche ein Zettel ausgehängt werden mußte: „Du sollst mal unbedingt nach Hause kommen. Deine Mutter war hier.“ ♦

Niedersachsen hält Grohnde unter Kontrolle

Kiel begrüßt Räumung in Brokdorf

Eigener Bericht - dpa

Lam. Hannover / ku. Kiel, 10. August

„Die niedersächsische Landesregierung sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Anlaß, gegen die Besetzer eines Teils der Baustelle des geplanten Kernkraftwerkes Grohnde (Weser) vorzugehen“, hieß es gestern in der hannoverschen Staatskanzlei.

In einer Kabinettsitzung war zuvor festgestellt worden, daß das „Dorf“ der Kernkraftgegner „Tag für Tag“ beobachtet wird. Die Kabinettsrunde sprach sich dafür aus, „die Lage nicht zu dramatisieren“. Aus der Staatskanzlei verlautete dazu, daß die Regierung „an jedem Tag in der Lage sei, das Dorf zu räumen“.

Zuvor hatte Innenminister Rötger Groß (FDP) angekündigt: „Wir werden handeln — aber zu einem Zeitpunkt, den wir taktisch und strategisch für richtig halten.“ Dies könne „mit oder ohne Polizei geschehen“.

Ohne besondere Zwischenfälle ging gestern die Besetzung einer Wiese unmittelbar an dem geplanten Kernkraftwerk bei Brokdorf zu Ende. Die Demonstranten räumten ohne Widerstand den Platz, nachdem die Polizei das Gelände umstellt hatte. Die Kieler Landesregierung begrüßte „mit Genugtuung“ den gewaltlosen Ablauf der Aktion.

Gestern Abend kündigten Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz in einer Pressekonferenz an, daß man neue Aktionen plane. Konkrete Angaben, in welcher Form dies geschehen werde, wurden jedoch nicht gemacht.

Bei einem drei- bis fünfjährigen Baustopp für Kernkraftwerke, der angesichts der derzeitigen Meinungsbildung in den Koalitionsparteien SPD und FDP für nicht ausgeschlossen gehalten wird, ist nach Meinung der Kraftwerk-Union (KWU) eine Stromversorgungslücke sowie ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu befürchten.

Auch Bundesforschungsminister Hans Matthöfer hat inzwischen mehrfach betont, daß er diesen Baustopp für nötig halte. Die KWU wies darauf hin, daß die deutsche Nuklear-Industrie bei einem Bau-Aufschub gezwungen sei, ihren Stab von hochqualifizierten Ingenieuren und Facharbeitern drastisch zu reduzieren.

„Autodachschmierer“



Pe HAMELN. Erst als ihm ein Bekannter sagte, „Du hast ja dein Auto so schön lackieren lassen“, sah ein Hamelner Bürger die Bescherung auf seinem Autodach. Am helllichten Tag hatte jemand mit einer Sprühdose „AKW? NEE“ aufgespritzt. Da der Citroën DS 20 mit einem Plastikdach ausgerüstet ist, wird das Geschmiere schwer wegzukriegen sein. „Wahrscheinlich werde ich ihn neu spritzen lassen müssen“, meinte der Besitzer des Wagens, der stocksauer ist und bei der Polizei Anzeige erstattet hat.

DWZ

13.08.77

FORUM der öffentlichen Meinung im heimatlichen Raum

Die hier veröffentlichten Zuschriften geben nur die Meinung unserer Leser wieder, nicht unbedingt die der Redaktion. Alle Einsendungen müssen sachlich sein und frei von persönlichen Angriffen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Eine Auswahl sowie Kürzungen – ohne Änderung der Tendenz – behält sich die Redaktion vor.

Westbegriffe werden abgebaut

Wer die in letzter Zeit erschienenen Leserbriefe einiger Kernkraftwerksgegner aufmerksam verfolgt hat, der wird feststellen, wie beunruhigend es doch ist, daß sämtliche, bisher hochgehaltenen und unantastbaren Wertbegriffe des Zusammenlebens in unserem Staate mit der Zeit unbemerkt abgebaut wurden. Allerdings nicht von seiten der Regierung oder der Kraftwerksbauer, wie sicherlich einige sofort kontern wollen. So wird heute „friedlich Land besetzt“ und das als Akt der Notwehr nach dem Grundgesetz bezeichnet. Beschädigungen von Transportern und somit fremden Sachwerten seien nicht „gewöhnlichen“ kriminellen Handlungen gleichzusetzen (gibt es auch ungewöhnliche?), da sich die Aggression nur gegen Sachwerte richte. Beachtenswert erscheint mir in diesem Zusammenhang vor allem auch die Ideologie der kommunistischen Kernkraftwerksgegner – die eine Vielzahl der Anti-Atomdörfer ausmachen dürften –, wie sie sich beispielsweise in Flugblättern der KPD/ML manifestiert.

Übrigens: DDR-Wissenschaftler sehen in der Entwicklung der schnellen Brüter eine notwendige Voraussetzung für eine langfristige, gesicherte und bedarfsgerechte Energie-Bereitstellung. Die DDR lagert ihren Atommüll auch an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland. Müssen unsere Wissenschaftler, so frage ich, noch dazulernen oder habe ich die Proteste der Bevölkerung in der DDR bisher überhört?

Hubert Volkmer, Hameln

Wie soll das nur weitergehen?

Gemeint sind all die Dinge, die sich in Grohnde in und um das sogenannte „Anti-Atomdorf“ abspielen, und all das, was die Jugendlichen dort mittlerweile angestellt haben. Wir als Junge Union finden es prima, wenn sich Jugendliche für eine Sache engagieren, verstehen aber nicht, wenn diese Jugendlichen durch dauernde Rechtsbrüche versuchen, der Bevölkerung ihre Vorstellungen aufzuzwingen.

Wir verstehen auch nicht, warum sich die Regierung in Hannover vornehm zurückhält, Minister Groß zwar eine Räumung mal in Aussicht stellt,

doch fragt sich: wann? Unsere Vertreter im Bundestag, Frau Traupe und Eberhard Pohlmann, scheinen diesem heißen Eisen lieber aus dem Weg gehen zu wollen.

Was soll denn nun geschehen? Was haben der Landrat oder der Oberkreisdirektor bisher unternommen, um die Mißstände dort zu beseitigen? ZDF und der NDR werden wohl nicht ohne Grund die Mißstände gefilmt haben.

Alle hüllen sich lieber in Schweigen, räumen aber damit einer Gruppe Jugendlicher einen Freiraum ein, den sie gegenüber ihren Wählern mit Sicherheit nicht verantworten können.

Reinhard Rüppell, Hameln
JU-Vorsitzender

„Illoyal und nicht legitimiert“

In der Dewezet vom 29. Juli kritisiert Samtgemeinde-Bürgermeister Rudolf Lönnecker (SPD), Bodenwerder, die SPD/FDP-Bundesregierung (vgl. Bericht „Samtgemeinde-Bürgermeister wendet sich an die Bürger“). Nach seiner Meinung ist die Bundesregierung nicht legitimiert, in der Frage der Energieversorgung durch Atomkernspaltung so zu verfahren, „wie wir es bedauerlicherweise erleben müssen“. Die Bundesregierung treffe Entscheidungen, ließe Verträge abschließen und schaffe vollendete Tatsachen, die nur schwer korrigierbar seien.

Diese Kritik fällt auf den Samtgemeinde-Bürgermeister selbst zurück. Wer eigentlich legitimiert Rudolf Lönnecker als Samtgemeinde-Bürgermeister von Bodenwerder, Erklärungen in Sachen Energieversorgung durch Atomkernspaltung abzugeben? Jedenfalls nicht die Bürger der Samtgemeinde. Nicht einmal seine Wähler. Schon gar nicht seine Genossen aus der Ortsteil- und Ortsparteigruppe. Diese haben mehrmals in demokratischen Abstimmungen ihre gegensätzliche Meinung demonstriert. Zuletzt auf der Delegiertenversammlung in Dohnsen am 14. Juni 1977.

Doch das hindert Rudolf Lönnecker nicht, sich über Entscheidungen und Resolutionen seiner Ortsgruppe hinwegzusetzen und die von seiner eigenen Partei getragene Bundesregierung in illoyaler Weise öffentlich herabzusetzen. Herr Lönnecker kann

seine Meinung als Privatmann öffentlich äußern, so oft und so negativ zur Politik der Regierung wie er mag. Als Träger eines bislang sehr angesehenen politischen Amtes in der Samtgemeinde Bodenwerder hat er jedoch gewisse Verpflichtungen übernommen und als Mitglied der SPD gewisse demokratische Spielregeln einzuhalten.

Klaus Enders, Bodenwerder

Kraft nicht im Protest verschwenden

Zum Leserbrief „Höchst fragwürdige Praktiken“ (Dewezet vom 10. August):

Wer das Anti-Atomdorf als „Umweltverschandelung“, sicher nicht zu akzeptierende hohle Parolen und Schmierereien an Hauswänden als „Terror“ bezeichnet, wie müßte dieser Mitbürger dann das Kernkraftwerk benennen, dessen Kühlwasser unseren Fluß gefährden, dessen Kühltürme unser Klima verändern, dessen Schornstein gefährliche Gase ausströmen, dessen Betrieb und Entsorgung noch nicht berechenbare Gefahren bergen werden? Was ist das für ein „Bürgersinn“, der junge Leute mit unbürgerlichem Lebensstil verdammt und die eigentlichen Gefahren, die die Kernenergie mit sich bringt, verschweigt?

Ein mündiger und verantwortungsbewußter Bürger sollte seine Kraft nicht im Protest gegen einzelne Rowdies verschwenden, sondern an der Seite der immer zahlreicheren engagierten Mitbürger gegen Kernenergie-Anlagen legitimen Widerstand leisten.

Heidrun Winkler, Hameln

DWZ

13.08.77

Kundgebung der Kernkraftgegner

RP: Mit Räumung demnächst zu rechnen / Groß: Nicht dramatisieren

13.08.77
DWZ HAMELN/GROHNDE. Zu einer Kundgebung am heutigen Sonnabend um 14.30 Uhr auf dem Hamelner Rathausplatz haben die Bewohner des Anti-Atomdorfes in Grohnde und mehrere Bürgerinitiativen aus dem Weserbergland aufgerufen.

Die Kundgebung soll sich gegen die angedrohte Räumung des besetzten Kühlturmgeländes, die Verschleppung des Baustopps für das Kernkraftwerk, die Straf- und Ermittlungsverfahren und das Atomprogramm der Bundesregierung richten. Nach Ankündigung der BIs werden prominente KKW-Gegner sprechen.

Im Anschluß daran sollen über das Wochenende im Anti-Atomdorf Veranstaltungen mit Diskussionen, Filmen, Theater und Musik stattfinden.

Das niedersächsische Innenministerium erklärte am Freitag zu der geplanten Kundgebung: „Wir sind auf alles vorbereitet.“ In dem Zusammenhang bestätigte das Regierungspräsidium in Hannover, daß mit einer friedlichen oder gewaltsamen Räumung des Anti-Atomdorfes in Kürze zu rechnen sei.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hatte Innenminister Rötger Groß zuvor erklärt, im Augenblick gebe es keine Anzeichen für eine Eskalation. Groß warnte vor einer Dramatisierung der Vorgänge im Anti-Atomdorf. Man müsse zwischen verständlicher, aber zum Teil stark übertriebener Besorgnis und den tatsächlichen Verhältnissen unterscheiden. Die illegalen Platzbesetzer seien gegenwärtig voll unter Kontrolle.

① WZ

13.08.77

Nachrichten

Grohnde: Zehn verletzt

dpa. Hameln, 15. August

Bei Krawallen zwischen Kernkraftgegnern und der Polizei wurden am Samstagabend in Hameln sechs Beamte und vier Demonstranten verletzt. Zuvor hatten 500 gegen den Bau des Atomkraftwerks Grohnde protestiert.

Bild 15.08.77

Funkzentrale und Tunnel im „Anti-Atomdorf“

1300 Polizisten räumten Grohnde

FR

Eigener Bericht

r. m. Hameln, 24. August

Nach der Räumung des „Anti-Atomdorfs“ am Kernkraftwerk-Bauplatz Grohnde bei Hameln haben Polizeibeamte gestern Ansätze für ein Tunnelsystem gefunden. Das Gelände war 71 Tage lang widerrechtlich besetzt. Unter einer der Holzhütten führte eine Treppe aus Lehm über drei Meter tief in einen „Kellerraum“ mit Abzweigungen in mehrere Seiten. Es wird nicht ausgeschlossen, daß die Atomgegner sich von diesen Stollen aus unter der Bundesstraße 83 hindurch in das mit Metallzäunen geschützte eigentliche Bauplatzgelände durchgraben wollten.

Unmittelbar nachdem die über 200 Atomgegner gestern unter dem Druck der Polizei ihr aus einem Dutzend Holzhütten und etwa 30 Zelten bestehendes „Dorf“ verlassen hatten, rückten Baukolonnen an, um das für die Kraftwerkskühltürme vorgesehene Gelände ebenfalls mit einem Stahlzaun zu umgeben.

Die Polizei stellte die Personalien von 213 Atomgegnern fest. Gegen einen der Täter lag ein Haftbefehl aus Bremen vor. Elf Schlagstöcke und große Mengen Werkzeug wurden sichergestellt.

Der Einsatz von 1300 Beamten der Bereitschaftspolizei war den Atomgegnern schon Stunden zuvor bekannt gewesen. Nach Angaben von Zeugen hatten die Kernkraftwerksgegner ihre Funkzentrale mobilisiert, über die sie Funksprüche der Polizei abhörten und die bereits bei den blutigen Zusammenstößen in Grohnde am 19. März eine große Rolle gespielt hatte.

Aus einer in dem Lager verbreiteten „Dokumentation“ geht hervor,

daß die Atomgegner schon seit einiger Zeit wichtige Fernmeldeverbindungen der Polizei abgehört haben. Unter der Überschrift „Auszüge aus dem Polizeifunk am 19. März“ heißt es u. a.: „13.15 Uhr: Sperre kann nicht mehr gehalten werden. Lkw durchlassen und dann weiter entscheiden. 1000 Leute kommen aus Grohnde.“ — „14.45 Uhr: Inneres vom Zaun wird angegriffen.“ — „16.10 Uhr: Demonstranten formieren sich neu, um gegen Polizeikräfte vorzugehen.“

Auch gestern fürchtete die Polizei, daß die Räumung zu einer gefährlichen Mobilisierung von Atomgegner-Gruppen in allen Teilen des Bundesgebietes führen könne. Deswegen waren vorsorglich gepanzerte Fahrzeuge und Wasserwerfer nach Grohnde beordert worden. Der niedersächsische Innenminister Rötger Groß (FDP) erklärte unmittelbar nach der Räumung, das große Polizeiaufgebot sei aus „psychologischen Gründen“ notwendig gewesen. (Siehe Kommentar.)

1300 Polizisten räumten Grohnde

Hannover — Seit gestern ist das „Anti-Atom-Dorf“ auf dem Baugelände des Kraftwerkes in Grohnde geräumt. 1100 Polizisten und 200 Kriminalbeamte umstellten morgens früh das Dorf aus Zelten und Holzhäusern,

als die 203 Besetzer zur Räumung innerhalb einer Stunde aufgefordert wurden. Da die „Dorfbewohner“ den ersten Aufforderungen nicht nachkamen, holte die Polizei mehrmals fünf bis sechs Demonstranten

zur Feststellung ihrer Personalien aus der Menge. Innerhalb von vier Stunden verließen die Besetzer den Bauplatz. Sie müssen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

MoPo
24.11.72

Ultimatum räumten 1300 Polizisten das Anti-Atom-Dorf bei Grohnde

Welt 24.8.77

Ein Sender warnte die Atomgegner

WOLFGANG MEYER, Grohnde

In der Nacht zum Dienstag sammelten sich 1300 Polizeibeamte aus allen Teilen Niedersachsens am Bauplatz des Kernkraftwerks Grohnde/Oberweser, um das seit zehn Wochen widerrechtlich bestehende „Anti-Atom-Dorf“ notfalls mit Gewalt zu räumen. Die dort versammelten Demonstranten waren über den bevorstehenden Einsatz bereits informiert. Die mobile Funkstation der Atomgegner auf dem nahen Bückberg, die bei den blutigen Auseinandersetzungen am 19. März die Schlägerkolonne geführt hatte, schaltete auch diesmal rechtzeitig auf die Frequenzen der Polizei.

Im Gegensatz zum 19. März und zu zahlreichen kleineren Zusammenstößen in den Wochen seit der Besetzung des für die Kraftwerk Kühltürme vorgesehenen Geländes auf den Weserwiesen leisteten die Atomgegner gestern keinen Widerstand. Angestellte der Gemeindeverwaltung verteilten unter massivem Schutz der Polizei am Dienstag um 7.10 Uhr ihre „Ordnungsverfügung“ an die „Dorf-Bewohner“ in den 15 Hütten und rund 40 Zelten. Als zur Räumung ein auf 60 Minuten befristetes Ultimatum gestellt wurde, packten die ersten „Besitzer“ ihre Campingausrüstungen und marschierten über die Bundesstraße 83 in Richtung Emmerthal oder Grohnde.

Mehrere Dutzend Atomgegner verschanzten sich in den massiven Holzhäusern und auf ihrem Wachturm. Nach weiteren Ultimaten waren alle Platzbesitzer bereit, das Gelände zu verlassen, als Polizeibeamte auch von hinten in das „Dorf“ vorrückten. Die Personalien von 213 Demonstranten wurden notiert, darunter ein noch nicht

schulpflichtiges Kind eines Berliner Ehepaares. Gegen einen der Demonstranten lag ein Haftbefehl aus Bremen vor.

Das massive Aufgebot der Bereitschaftspolizei mit geschützten Sonderfahrzeugen und neun Wasserwerfern bezeichnete der niedersächsische Innenminister Rötger Groß (FDP) als das geeignetste Mittel, um den „Gedanken an Gewalt“ auf der Gegenseite zu ersticken. Die Einsatzleitung habe außerdem davon ausgehen müssen, daß kurzfristig Verstärkungstruppen für das „Anti-Atom-Dorf“ aus allen Teilen des Bundesgebietes anrücken könnten. Groß wies nach dem Einsatz ausdrücklich auf das offenbar gut funktionierende Fernmeldewesen der Atomgegner hin.

Straßensperren aus Containern

Um möglicherweise anrollende Verstärkungen am Vordringen bis zum Kraftwerksgelände zu hindern, sperrte die Polizei die durch das enge Wesertal führende Bundesstraße 83 auf beiden Seiten des Kraftwerks in mehreren Kilometern Entfernung. Dabei wurden auch Straßensperren aus mit Sand gefüllten Containern errichtet.

Unmittelbar nach der Räumung begannen Arbeitstrupps mit der Montage von schweren Stahlzäunen, wie sie bereits zum Schutz des übrigen Kraftwerkbauplatzes vorhanden sind. Bei der Durchsuchung von Personen und Holzhütten stellte die Polizei Baupläne für die Kühleinrichtungen des Kraftwerks, 11 Schlagstöcke, zwei Messer und große Mengen Werkzeug sicher.

Unter einer der Baracken stießen Polizeibeamte auf einen drei Meter tiefen Keller. Der mit Spaten ausgeschachtete

Gang könnte als Ausgangspunkt für einen möglichen Tunnel in das gut 50 Meter entfernte Hauptgelände des Kernkraftwerkes gedacht gewesen sein.

Der Räumung des „Anti-Atom-Dorfes“ waren Klagen der Bevölkerung, der kommunalen Behörden und der auf dem Kraftwerkbauplatz beschäftigten Fachleute über die „zu weiche“ Haltung der Regierung vorausgegangen. Maskierte Atomgegner hatten einen mit Kranteilen beladenen Schwerlasttransporter vor dem Tor des Kraftwerksgeländes gestoppt und den Fahrer blutig geschlagen. Bei einem Überfall auf einen Wachtposten des Werkes erbeutete ein Kommando der Atomgegner ein Funkgerät. Beim Angriff von „Dorf“-Bewohnern auf einen Streifenwagen der Polizei in Hameln wurden vor einer Woche zehn Menschen verletzt. Die Staatsanwaltschaft leitete insgesamt 30 Ermittlungsverfahren ein.

Anfängliche Sympathien eines Teils der Bevölkerung im Weserbergland gegenüber den organisierten Atomgegnern schlugen aufgrund der Gewaltakte mehr und mehr in Unmut und Wut um. Dorfbewohner gründeten eine „Bürgerwehr“, die sich allerdings auf Appelle an die verantwortlichen Behörden beschränkte, dem Treiben ein Ende zu bereiten.

Der niedersächsische Innenminister Groß hatte bis zuletzt geglaubt, die Atomgegner mit Argumenten überzeugen zu können. Noch am vergangenen Wochenende erklärte Groß Kernkraftgegnern bei einer Diskussion im nahen Hameln, sie würden ihren Zielen besser dienen, wenn sie den Platz freiwillig räumen würden.

Seite 6: Zehn Wochen



Ein Handgemenge zwischen Polizei und Atomkraftgegnern beendete die Besetzung in Grohnde.

FOTO: DIE WELT